

# niedersachsen *magazin*

Dezember 2023 • 85. Jahrgang

12

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund  
und Tarifunion

## Tarifverhandlungen der Länder

Seite 3 <

Einkommens-  
runden der Länder

Seite 6 <

Seminar der  
Hauptpersonalräte

Seite 7 <

Aktuelle Gewerk-  
schaftsthemen

## Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

wenn Sie diese Ausgabe des niedersachsen magazins in den Händen halten, wird sehr wahrscheinlich die dritte Verhandlungsrunde in den Tarifverhandlungen für die Länder bereits beendet sein.

Derzeit, also bei Drucklegung dieser Ausgabe, haben wir zwei Verhandlungsrunden hinter uns gebracht und nach wie vor nicht einmal ein Angebot der Arbeitgeberseite vorliegen.

### Verlauf der Tarifverhandlungen der Länder

Unabhängig davon, was in der dritten Verhandlungsrunde nun tatsächlich passiert, kann man schon jetzt wieder einmal sagen, dass der Ablauf der Tarifverhandlungen aus Sicht unserer Beschäftigten im Minimum erneut ernüchternd ist. Wir alle hatten die große Hoffnung, insbesondere nach den Erkenntnissen der Verhandlungen für Bund und Kommunen im Frühjahr, dass sich die Arbeitgeberseite ihrer Verantwortung den Beschäftigten gegenüber bewusst ist und trotz aller haushälterischen Zwänge endlich einmal ein klares Signal in Richtung unserer Beschäftigten sendet. Zumindest in den ersten beiden Verhandlungsrunden ist dieses leider nicht erfolgt.

### „Sie sind uns wichtig!“

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hören unsere Beschäftigten aus öffentlichen Auftritten der Landespolitikerinnen und Landespolitiker immer wieder die gleichen Aussagen: „Sie“ – also unsere Kolleginnen und Kollegen – „sind uns wichtig! Wir haben Verständnis für Ihre finanziellen Sorgen und vor allen Dingen benötigen wir einen zukunftsfähigen und attraktiven öffentlichen Dienst!“

Sobald es dann in die Tarifverhandlungen und in die direkte Auseinandersetzung geht, werden diese Aussagen leider auch in dieser Tarifrunde wieder deutlich zurückhaltender. Umso mehr spüren wir die daraus resultierende Betroffenheit unserer Kolleginnen und Kollegen.

Vieles ist in den vergangenen Monaten in diesem Zusammenhang mehr als deutlich geworden: Die inflationsbedingte Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen ist auf einem Niveau angekommen, welches so schon seit Langem nicht mehr zu ertragen ist. Dabei darf man sich auch nicht von aktuell rückläufigen Inflationsraten täuschen lassen. Insgesamt – seit Beginn der krisenbedingten Inflationsexplosion – haben wir eine Entwicklung festzustellen, die es so seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Gleichzeitig haben wir insbesondere im Bereich der Genuss- und Nahrungsmittel Preissteigerungen festzustellen, die sogar noch deutlich über diesen allgemeinen und durchschnittlichen Entwicklungen liegen.

### Die Fürsorgepflicht muss eingehalten werden

Wir erwarten, dass die Arbeitgeberseite endlich auch ihrer Fürsorgepflicht gerecht wird und eben diese inflationsbedingten Ausfälle im Interesse der Kolleginnen und Kollegen ausgleicht. Gleichzeitig, und

auch dieses muss man immer wieder betonen, wird es nicht gelingen, zukünftig junge Menschen für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst der Länder zu gewinnen, wenn diese von vornherein feststellen, dass die finanziellen Voraussetzungen im Vergleich zu anderen Arbeitgebern deutlich schlechter sind. Und auch zu diesem Vergleich anderer Arbeitgeber erlaube ich mir den Hinweis, dass der gute Tarifabschluss für Bund und Kommunen für uns nicht nur Ansporn, sondern gleichzeitig auch Verpflichtung für die Kolleginnen und Kollegen im Landesbereich bedeutet, im Minimum ein vergleichbares Ergebnis zu erzielen.



Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender

### Beamtenübertragung für Niedersachsen

Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass genau ein solches Ergebnis zum Jahresende Realität wird. Gleichzeitig müssen wir dann, und das wird der dann folgende Schritt sein, die Beamtenübertragung in Niedersachsen sowohl für die Aktiven als auch für die Passiven inhalts- und wirkungsgleich erzielen.

Dies ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich für uns alle, damit der öffentliche Dienst auch in Niedersachsen endlich zukunftsfähig und seinen Beschäftigten gegenüber fürsorglich aufgestellt ist.

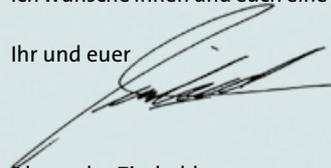
### Weihnachten und ein neues Jahr stehen vor der Tür

Nun möchte ich Ihnen und euch noch auf diesem Wege vor allem aber eine besinnliche Adventszeit, ein fröhliches und zufriedenes Weihnachtsfest und gleichzeitig auch schon jetzt einen guten Rutsch in das neue Jahr 2024 wünschen.

Die Aufgaben und Herausforderungen werden auch im kommenden Jahr mit Sicherheit nicht weniger werden! Lassen Sie uns diese Herausforderungen wieder gemeinsam anpacken und bewältigen!

Ich wünsche Ihnen und euch eine schöne Advents- und Weihnachtszeit!

Ihr und euer



Alexander Zimbehl,  
1. Landesvorsitzender  
Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion

**Impressum**  
Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Telefon: 0511.3539883-0. Telefax: 0511.3539883-6. E-Mail: post@nbb.dbb.de. Internet: www.nbb.dbb.de. Bankverbindung: BBL Bank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. Redaktion: Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Lia Napierski. Redaktionsschluss: 15.08.2023  
Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.  
Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Titelfoto: © Bulk  
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: Dominik Allartz.  
Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannan, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigenendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 27, gültig ab 1.1.2023.  
Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

## Einkommensrunde öffentlicher Dienst der Länder Auch in der zweiten Verhandlungsrunde immer noch kein Angebot!



© Bulk

➤ Großdemonstration in Osnabrück

### ➤ Hintergrund

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: direkt circa 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt circa 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es sind drei Verhandlungsrunden vereinbart, die erste fand bereits am 26. Oktober statt. Die zweite Verhandlungsrunde wurde nach dem 2. bis 3. November beendet und eine dritte Runde ist vom 7. bis 9. Dezember 2023 vereinbart.

### ➤ Erste Verhandlungsrunde gescheitert

Nach der ersten Verhandlungsrunde forderte dbb Chef Ulrich Silberbach bereits eine zügige und konsensorientierte Verhandlungsführung von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). „Niemand erwartet von einer Auftaktrunde Wunderdinge. Aber Hinweise darauf,

dass auch die Länderarbeitgebenden endlich erkannt haben, wie groß ihre Personalprobleme sind, wären hilfreich gewesen. Alle Gewerkschaftsargumente



© Windmüller

➤ Demonstration an der Huntebrücke

immer nur als ‚unbezahlbar‘ abzuqualifizieren, ist auf jeden Fall zu wenig“, kritisierte Silberbach nach dem Verhandlungsauftritt am 26. Oktober 2023 in Berlin.

„Wenn schon nicht aus Respekt und Gerechtigkeit für die eigenen Beschäftigten, müssten die Länder uns aus schierem Eigeninteresse sofort ein konsensfähiges Angebot vorlegen. Denn sie drohen auf dem Arbeits-

markt bei Bezahlung und Wettbewerbsfähigkeit in einen ruinösen Rückstand zu geraten“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende.

### ➤ Die Forderungen

Die gewerkschaftliche Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro Einkommenszuwachs, sei zeitgemäß, verhältnismäßig und finanzierbar, so der dbb Chef: „Wir müssen in den nächsten zehn Jahren altersbedingt im öffentlichen Dienst über ein Viertel der Beschäftigten ersetzen. Warum sollten junge Leute denn zum Land gehen, wenn sie bei

Bund, Kommunen oder gar der Privatwirtschaft im gleichen Job mehr verdienen können? Wir fordern einen Gleichklang in der Bezahlung über alle Gebietskörperschaften hinweg.“

### ➤ Aktionen in allen Ländern, natürlich auch in Niedersachsen!

Im niedersächsischen Moringen demonstrierten daraufhin am 27. Oktober 2023 etwa 150 Beschäftigte des NBB aus dem Gesundheitsbereich nach der ergebnislos vertragen ersten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder. Jens Schnepel, Vorsitzender der GeNi – Gewerkschaft für das Gesundheitswesen, unterstrich die Erwartung der Beschäftigten, mit dem Tarifabschluss von Bund und Kommunen gleichzuziehen, und verwies auf TdL-Chef Dr. Andreas Dressel, Finanzsenator in Hamburg. Dressel hatte im Vorfeld der Einkommensrunde bekräftigt, dass die Beschäftigten der Länder hervorragende Arbeit leisteten und dafür Wertschätzung auch in Form angemessener Lohnerhöhungen verdienen. „Jetzt ohne Angebot auf die Bremse zu treten und auf die angespannte Haushaltslage zu verweisen, gilt nicht. Auch in unseren Geldbeuteln ist die Haushaltslage angespannt.“ Die Kolleginnen und Kollegen in den Maßregelvollzugszentren in Niedersachsen seien seit 2019 benachteiligt. „Voriges Jahr haben wir die Pflegezulage mit viel Fleißarbeit außertariflich durchgesetzt. Wir erwarten, dass dieses Provisorium jetzt aus der Welt geschafft wird.“

### ➤ Zweite Verhandlungsrunde ebenfalls gescheitert

Nachdem auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Län-



der ergebnislos endete, haben die Beschäftigten ihre Warnstreiks ausgeweitet.

Mitglieder des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) und der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) haben den Protest dahin getragen, wo er hingehört: in Hör- und Sichtweite der Politik. Sie forderten am **10. November 2023 vor der Justizministerkonferenz in Berlin** das ein, was in diesen Zeiten eine Selbstverständlichkeit sein sollte: faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen.

Ebenfalls am **10. November fand in Hamburg ein „Knöllchenfreier Tag“** statt. Beschäftigte der Ordnungsbehörden und der Polizei, die von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) vertreten werden, haben sich an Warnstreiks beteiligt.



> Großdemonstration Osnabrück

### ▶ Alexander Zimbehl in Osnabrück zu den Verhandlungen

Der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, erklärte auf der Kundgebung: „Alle wollen einen starken Staat und einen funktionierenden öffentlichen Dienst. Aber wenn es ans Bezahlen geht, ducken sich auf

in den vergangenen zwei Jahren hohe Inflationsraten und steigende Lebenshaltungskosten verkraften müssen. Sie dürfen jetzt nicht von der Tarifentwicklung abgekoppelt werden!“

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und Vorsitzende der komba gewerkschaft, Andreas Hemsing, machte klar: „Die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesländer zerstören durch ihre Blockadehaltung bei den Tarifverhandlungen die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den Landesverwaltungen. Die Bereiche Sicherheit, Bildung und Landesfinanzen als Basis einer funktionierenden Infrastruktur werden personell ausbluten. Wertschätzende Arbeitgeber mit attraktiven Rahmenbedingungen für Beschäftigte sehen anders aus.“

An mehreren Standorten wurden auch Mahnwachen eingerichtet, so etwa in Potsdam von

der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, in Nürnberg von der Deutschen Polizeigewerkschaft, in Düsseldorf und Münster vom Bundesverband der Lehrkräfte für berufliche Bildung. Die VDStr. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten legt den Schwerpunkt ihrer Aktionen nach Bayern und führte dort Aktionen in mehreren Straßenmeistereien durch. Bei **Berne (Niedersachsen) wurde außerdem die Bundesstraße 212 zum Teil blockiert**. Alexander Zimbehl sagte auf einer Kundgebung dort: „Es sind die Kolleginnen und Kollegen, die Deutschland Tag für Tag am Laufen halten. Dies wird jedoch immer schwieriger: Wenn es zum Beispiel darum geht, neue Fachkräfte zu gewinnen und bestehende zu halten, stehen wir nicht nur in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft, sondern auch zunehmend mit Bund und Kommunen. Es ist ein Kampf, den wir zu verlieren drohen, wenn es keine Entgelterhöhung für die Länder gibt!“

### ▶ Was wird uns die dritte Verhandlungsrunde bringen?

Erwartungsvoll schauen nun alle Beteiligten auf die bevorstehende dritte Tarifrunde vom 7. bis 9. Dezember. Es bleibt abzuwarten, ob es für den öffentlichen Dienst der Länder einen ähnlich guten Abschluss wie bei den Tarifverhandlungen am Anfang dieses Jahres für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen geben wird. ■



> Osnabrück zeigt Flagge.

Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes des NBB in Niedersachsen haben sich am **11. November 2023 in Osnabrück zu einer Protestkundgebung** auf dem Platz des 17. Juni vor der OsnabrückHalle versammelt. Auch zahlreiche Beamtinnen und Beamte, die indirekt vom Tarifiergebnis betroffen sein werden, haben an den Protesten teilgenommen, um ihrem Unmut Luft zu machen. Ort und Zeit waren bewusst gewählt, denn parallel lief in Osnabrück der Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen.

einmal alle Verantwortlichen weg, dann sind die politischen Unterstützungsbekundungen plötzlich nur noch Lippenbekenntnisse! Heute zeigen wir allen einmal deutlich, wer die Arbeit wirklich macht!“ Zimbehl forderte den niedersächsischen Finanzminister Gerald Heere auf, das zu erreichende Tarifiergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten zu übertragen: „Das hat nach der Einkommensrunde 2021 geklappt, und die Kolleginnen und Kollegen erwarten das jetzt ebenfalls. Auch sie haben



> „Brückentag“ auf der Huntebrücke

## Hauptversammlung – Seminar der Frauen Schlag auf Schlag

Nach einem Kurztrip ins schöne Nürnberg zu einer weiteren politischen Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung ging es für die Vorsitzende der NBB-Landesfrauenvertretung am 11. und 12. September gleich weiter zum diesjährigen NBB-Frauenseminar in Hannover.

Die Hauptversammlung vom 7. bis 9. September in Bayern stand ein Stück weit unter dem Einfluss der anstehenden Landtagswahl. So gab es unter anderem eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wie können wir Erwerbstätigkeit von Frauen steigern? Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Freistaat Bayern“, an der sich die verschiedenen Parteivertreter\*innen beteiligten. Lediglich für die Freien Wähler nahm eine Frau teil.

Herausgearbeitet wurde, wie nicht anders zu erwarten, dass die Frauen in Zeiten von Fachkräftemangel und demografischem Wandel im Erwerbsleben dringend gebraucht werden. Um eine höhere Erwerbstätigkeit zu erreichen, müssen sich zum Beispiel die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder verbessern und die Familien- und Care-Arbeit muss gleichmäßiger auf Eltern verteilt werden. Der Freistaat Bayern ruft insoweit die geringsten Fördermittel vom Bund für die Ganztagsbetreuung ab. Dies ist ausbaufähig und bedarf des entsprechenden politischen Willens.

### Albert Füracker zu gleichberechtigten Karrieremöglichkeiten

Der Staatsminister für Finanzen und Heimat, Albert Füracker (CSU) ließ es sich nicht nehmen, ein Grußwort zu sprechen. Auch hier war die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege der Schwerpunkt seiner Rede. Wichtig sei es, gleiche Karrieremöglichkeiten zu schaffen. Bei Frauen in Führung gebe es noch

Nachholbedarf. Hier könne aus seiner Sicht zum Beispiel die Ausweitung der Teilzeitmöglichkeiten hilfreich sein.



Neben den Berichten der Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung sowie aus den Landesbünden und Fachgewerkschaften ging es natürlich auch um die anstehende Tarifrunde der Länder, über die der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, informierte und die Teilnehmerinnen auf die bevorstehenden Anstrengungen einswor und aufforderte, sich an den notwendigen Aktionen rege und zahlreich zu beteiligen. Auch eigene Ideen sind natürlich herzlich willkommen.

### „Frauenpolitik – jetzt rede ich!“

Unter der Seminarleitung von Marlis von Saß-Ihnken (stellvertretende Vorsitzende der NBB-Landesfrauenvertretung) fand dann unser NBB-Frauenseminar mit dem Thema „Frauenpolitik – jetzt rede ich!“ statt.

Als Dozentin konnten wir die Kommunikationstrainerin Manuela Lott gewinnen. Mit ihrem Leitsatz „Herzlichkeit macht Umsatz“ wusste sie die Teilnehmerinnen sowie ihre Vorstellungen und

Wünsche zum Seminar gut einzubinden. Es gab viele Tipps für die praktische Umsetzung und jede von uns konnte aus einem bunten

Landesleitung präsent sind, denn die nächsten Wahlen Ende 2024 werfen schon jetzt ihre Schatten voraus.

Strauß von Möglichkeiten das für sie Passende auswählen.

Ganz nebenbei konnten wir uns alle, über die Grenzen unserer jeweiligen Fachgewerkschaften und -verbände hinweg, persönlich besser kennenlernen und netzwerken. Ein wichtiger Austausch, um den Fortbestand unserer Gremien zu sichern und dafür zu sorgen, dass zukünftig auch mehr Frauen in der NBB-

Insgesamt war die Zeit wie immer viel zu kurz, wurde aber gut genutzt und alle haben etwas für sich mitgenommen. Die Planungen für das Seminar im nächsten Jahr laufen bereits, so dass wir auch in 2024 die Chancen zum Austausch und zur Beschäftigung mit einem interessanten Thema nutzen können.

*Kerstin Rhode-Fauerbach,  
Vorsitzende der NBB-LFV*

## NBB-Tarifseminar Hannover

Am 12. September 2023 fand in Hannover das Tarifseminar der Landestarifkommission des NBB statt. Der erste Landesbundvorsitzende Alexander Zimbehl und der Vorsitzende der Landestarifkommission, Oliver Haupt, begrüßten rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Schwerpunkt des Seminars war ein intensiver Meinungsaustausch über die zurückliegende erfolgreiche Tarifrunde Bund/Kommunen sowie die Auswirkungen auf die gegenwärtige Tarifrunde der Länder und damit auch die Besoldung und Versorgung in Niedersachsen. Deutlich wurde, dass der Rückstand im Landesbereich so nicht weiter hinnehmbar ist. Deutlich wurde in der Diskussion aber auch, dass die Tarifrunde der Länder nur erfolgreich bestritten werden kann, wenn es dem NBB und seinen Mitgliedsorganisationen gelingt, gegenüber dem Arbeitgeber und der Öffentlichkeit lautstark für seine Interessen einzutreten. In dem zweiten Teil des Seminars stellte Rechtsanwalt Dr. Jonas Müller aus Hannover ausgewählte und praxisrelevante Fragestellungen und aktuelle Entwicklungen aus dem Bereich des Arbeitsrechtes dar.



## Seminar der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte

Am 16. November 2023 fand im Leonardo Hotel in Hannover ein Seminar der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte (AG HPR) des NBB statt.

### Alexander Zimbehl zu den Tarifverhandlungen der Länder

Trotz widriger Umstände durch den bundesweiten Streik der Deutschen Bahn fanden sich viele Interessierte zusammen, um über aktuelle Themen inmitten der Tarifverhandlungen der Länder zu sprechen. Alexander Zimbehl, der 1. Landesvorsitzende des NBB, eröffnete die Veranstaltung mit einem Aufruf, die Menschen zu den kommenden Aktionen insbesondere zu den Tarifverhandlungen zur Teilnahme zu motivieren. „Wir müssen Menschen auf die Straße bekommen, um unsere Forderungen aussagekräftig zu untermauern!“, beschwor Zimbehl die Anwesenden. „Der NBB hat bereits eine deutliche Steigerung gezeigt, aber darauf dürfen wir uns nicht ausruhen.“



Alexander Zimbehl zu aktuellen Gewerkschaftsthemen

ner Weiterentwicklung vor allem im Bereich der Gewinnung und Mitarbeit neuer Kolleginnen und Kollegen für die Arbeit in Personalräten. „Es ist ein komplexes Thema, weshalb man mit Fingerspitzengefühl an die Rekrutierung gehen muss und die Ämter attraktiver gestaltet werden sollten“, spricht einer der Teilnehmer an. „Aufklärung ist der Grundstein, um neuen Kolleginnen und Kollegen die Angst zu nehmen ein solches Amt zu übernehmen“, so Alexander Zimbehl.

### Personalratswahlen 2024

Ein angeregter Austausch fand ebenfalls zu dem Thema Personalratswahlen statt, welche im Februar 2024 erfolgen. Auch hier sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Potenzial ei-



© Napierski (3)

Vanessa Albowitz zu Bürokratieabbau

### Vanessa Albowitz zum Thema Bürokratieabbau

Vanessa Albowitz, Ministerialrätin im Wirtschaftsministerium, berichtete anschließend über den Bürokratieabbau in der niedersächsischen Landesverwaltung. Sie ist selbst seit 14 Jahren tätig im Wirtschaftsministerium und seit vier Jahren in der Stabsstelle Transformation der Wirtschaft beziehungsweise dem Referat S3 – Taskforce Energie (Geschäftsstelle MW), Verfahrensvereinfachung und konnte somit eine anschauliche Darstellung der aktuellen Lage in diesen Bereichen der Landesverwaltung präsentieren.

Sie wies gleich zu Beginn darauf hin, dass sie und auch ihre Kolleginnen und Kollegen direkt erreichbar sind und alle Kontaktdaten öffentlich auf der Homepage einzusehen sind. Dies war eine bewusste Entscheidung, um die Nahbarkeit ihres Referats zu signalisieren.

Die Ziele nach außen sind, bürokratische Hürden für niedersächsische Unternehmen, aber

auch Bürgerinnen und Bürger aufspüren und diesen mit „geeigneten Initiativen“ entgegenzuwirken. „Im Allgemeinen soll alles einfacher und schneller werden“, so Albowitz. Ein Erfolg sei, wie sie sagt, zum Beispiel der Bürokramm-Button auf der Webseite des Wirtschaftsministeriums, über welchen man ein Kontaktformular mit den eigenen Anliegen ausfüllen kann, welche dann zeitnah bearbeitet werden.



Ebenfalls wurde unter Vanessa Albowitz der Digitalcheck in der Niedersächsischen GGO eingeführt. Hier sollen zum Beispiel frühzeitig die Möglichkeiten einer digitalen Ausführung von Gesetzes- und Verordnungsvorhaben erkannt und die digitale Umsetzung der geplanten Regelungen so geprüft werden, sodass diese am Ende auch anwenderfreundlich gestaltet werden. Durch die Anwesenheit von Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch aus den Ministerien kam so ein angeregter Austausch zu dem Thema der

Außenwirkung der Verwaltung zustande.

### ► Michael Bruns als Referatsleiter aus dem Finanzministerium zum Thema Haushalt

Über das Thema Haushaltsplanung, Verfahren zur Haushaltsaufstellung und auch das Haushaltsrecht referierte Ministerialrat Michael Bruns, Referatsleiter im niedersächsischen Finanzministerium und Beauftragter für den Haushalt im Finanzministerium. Er berichtet zunächst über die Informationslage dieser Themen auf der Webseite des niedersächsischen Finanzministeriums ([www.mf.niedersachsen.de](http://www.mf.niedersachsen.de)) und verweist darauf, dass auch hier viele Dokumente zum Download zur Verfügung stehen.



► Michael Bruns zum Thema Haushalt

Anschließend fand ein Austausch darüber statt, wie die Abläufe der Haushaltsplanfindung in den einzelnen Ressortbereichen erfolgen und wo noch Bedarf einer Anpassung dieser besteht. Auch der Zusammenhang zwischen der Haus-

haltsaufstellung und der Pflicht der Einbindung der Hauptpersonalräte wurde ausgiebig diskutiert. Michael Bruns bezieht sich ebenfalls auf die erschwerten Bedingungen wie zum Beispiel bei der Aufstellung des Personalbedarfs, welcher durch ein

Gesetz der Landesregierung reglementiert ist. Auch durch die gesetzlich verankerte Schuldenbremse ist bei der Haushaltsplanung der Grund, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu müssen.

Zu dem Thema Alimentation verwies Bruns auf eine eingeplante Vorsorge in dem Haushaltsentwurf 2024. Ob es dazu kommt, dass dies für die amtsangemessene Alimentation genutzt wird und ob diese ausreichend sein wird, dazu konnte Michael Bruns keine offizielle Aussage treffen.

Beendet wurde die Veranstaltung von Alexander Zimbehl. Er bedankte sich für die zahlreiche Teilnahme und einen sehr konstruktiven Austausch innerhalb dieser Runde. ■

## Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

### ► VBE

#### Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer zum Deutschen Schulbarometer

 „Das Deutsche Schulbarometer im Auftrag der Robert Bosch Stiftung hat eine repräsentative Umfrage unter Lehrkräften durchgeführt und nach den aktuell größten Herausforderungen gefragt. Disziplinprobleme, fehlende Motivation und gewalttätiges Verhalten von Schülerinnen und Schülern gegenüber Lehrkräften werden mit 34 Prozent als größte Herausforderung genannt. Der deutliche Anstieg gegenüber 2022 (21 Prozent) ist alarmierend“, so Meyer in seiner Kommentierung der Umfrageergebnisse.

Schon während der Coronapandemie zeichnete sich ab, dass Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugend zunehmen. Weit verbreitet sind mit 81 Pro-

zent Konzentrations- und Motivationsprobleme. Aggressives Verhalten beobachten besonders SEK-I-Lehrkräfte, an Grundschulen fällt die körperliche Unruhe vieler Kinder auf. Meyer weiter: „Der Personalmangel an Schulen sowohl bei Lehrkräften als auch beim multiprofessionellen Personal befeuert die unheilvolle Entwicklung. Je höher die Arbeitsbelastung und je größer der Zeitmangel, desto weniger Zeit bleibt, um sich mit den Sorgen und Nöten der Kinder zu beschäftigen.“ Weitere Schwerpunkte der Studie sind Fragen zur Teilzeitbeschäftigung, zur Inklusion und zur Digitalisierung. Auch diese Ergebnisse offenbaren große Probleme in den Schulen. Der VBE wird dazu gesondert Stellung nehmen.

Meyer abschließend: „Besonders erschütternd sind Beobachtungen zu wachsenden Kinderarmut. Viele Kinder kommen ohne Frühstück oder mit unzureichendem Lernmaterial zur Schule. Sie nehmen auch selte-

ner an außerschulischen Aktivitäten teil. Besonders bei Familien in sozial schwierigen Lagen zeigt sich diese Entwicklung drastisch. Die Hälfte der befragten Lehrkräfte beobachtet, dass sich Kinder und Jugendliche große Sorgen machen um die finanzielle Situation der Familie. Das ist erschreckend. Politik und Gesellschaft muss alles tun, diese Entwicklung zu stoppen.“

Quelle: VBE

### ► vbba

#### Vorstandswahl der vbba Frauenvertretung

 Es ist vollbracht. Wir freuen uns, bekannt geben zu dürfen, dass die vbba Frauenvertretung seit Mitte September 2023 in neue Hände übergegangen ist. Nach einer erfolgreichen Wahl auf der diesjährigen Jahreshaupt-



versammlung steht nun ein neuer Vorstand bereit, um die Interessen innerhalb unserer Fachgewerkschaft engagiert zu vertreten. Als neue Vorsitzende dürfen wir Kerstin Adjalian, mit ihrer Fachexpertise aus beiden Rechtskreisen und ihrer Leidenschaft, begrüßen. An ihrer Seite stehen Janina Hildebrandt als 1. Stellvertreterin und Luisa Scherer als 2. Stellvertreterin, die beide wertvolle Unterstützung bieten werden. Als Beisitzerinnen komplettieren Theresa Hensel und Cora Lang den Vorstand. Ihr Engagement und ihre Expertise werden dazu beitragen, die zukünftigen Herausforderungen zu meistern.



Theresa Hensel, Janina Hildebrandt, Kerstin Adjalian, Luisa Scherer, Cora Lang (von links)

Der neue Vorstand blickt voller Tatendrang auf die kommenden Aufgaben. Er ist entschlossen, die besonderen beruf- und gewerkschaftlichen sowie die gesellschaftspolitischen Interessen der Frauen im vbba bestmöglich zu vertreten. Nach erfolgreich absolvierter Wahl konnte der neu gewählte erweiterte Vorstand am zweiten Tag der Jahreshauptversammlung unseren Bundesvorsitzenden Waldemar Dombrowski begrüßen. Der Bundesvorsitzende ließ es sich nicht nehmen, dem neuen Vorstand persönlich seine Glückwünsche auszusprechen. Gleichzeitig dankte er dem ehemaligen erweiterten Vorstand, insbesondere der kommissarischen Vorsitzenden Annette von Brauchitsch-Lavalux, für das hervorragende Engagement. Sie und ihr Team mit Bettina Ey, Dunja Hartwig-Tasler und Luisa Scherer haben in einer anspruchsvollen Interimszeit hervorragende Arbeit im Interesse der Frauen geleistet. „Sorge dich nicht um Vergangenes. In der Zukunft wirst du den Rest deines Lebens verbringen!“

In diesem Sinn kann sich der vbba auf wertvolle Anregungen und Impulse der vbba Frauenvertretung freuen. Strategisch widmet sich die vbba Frauenvertretung in 2024 dem Jahresarbeitsthema „Digitalisierung

2.0“. KI ist ein Stichwort. Dazu ist auch ein interner Arbeitskreis „Social Media“ geplant. Selbstverständlich werden die Personalratswahlen 2024 in Abstimmung mit der Bundesleitung der vbba Frauenvertretung unterstützt. Der Fachkräftemangel macht auch vor der BA und vor den JC nicht halt! Dieser Herausforderung möchte sich auch die Frauenvertretung in den nächsten Jahren stellen! Weitere Projekte werden wir in der nächsten Ausgabe des Magazins veröffentlichen.

Quelle: vbba

Autobahn GmbH

Aufsichtsrat 2023

**Autobahn GmbH** Die maßgebliche gewerkschaftliche Kraft bei der Autobahn GmbH ist der dbb mit seinen Fachgewerkschaften. Das war und ist bereits bei der Betriebsratsarbeit der Fall und das bestätigt sich jetzt bei den Aufsichtsratswahlen. Hier haben die Vertreter aus der dbb Familie – VDStr., komba und BTB-GIS – am 28. September 2023 in Berlin einen großartigen Erfolg erzielt. „Heute freuen wir uns über diesen großartigen Vertrauensbeweis und ab morgen werden wir dieses Vertrauen mit intensiver Arbeit zurückzahlen“, lautete die erste Reak-

tion von dbb Tarifchef Volker Geyer.

Von der dbb Gewerkschaftsliste wurde neben Geyer VDStr.-Chef Hermann-Josef Siebigteroth gewählt. Von der Liste der Bewerber/-innen für die Arbeitnehmervertreter/-innen vertreten zukünftig Sabine Bollacher, Frank Bonnes, Ronald Braun und Monika Spielberg eure Interessen. „Diese Interessen vertreten wir in einer weiterhin schwierigeren gesellschaftlichen Situation. Uns muss gemeinsam klar sein, dass wir nur dann Erfolg haben werden, wenn wir geschlossen und mutig agieren“, skizzierte Siebigteroth die anstehende Arbeit.

Informationen rund um die Tarifarbeit bei der Autobahn GmbH finden Sie unter: [www.dbb.de/autobahn](http://www.dbb.de/autobahn).

Quelle: VDStr.

VLWN

Das neue Gesicht der Geschäftsstelle



Ihre Affinität zur beruflichen Bildung ist auch familiär geprägt. Ebru Akcali, seit September 2023 neue Leiterin der Geschäftsstelle des VLWN in Hannover, ist mit einem Berufsschullehrer verheiratet. Insofern hat die Mittzwanzigerin durchaus tiefe Einblicke in den Alltag der Berufsbildner erfahren. Nicht unwichtig, um die verbandliche Arbeit zu flankieren. Wichtiger aber noch ist, dass Ebru Akcali als gelernte Kauffrau für Büromanagement reichlich Expertise mitbringt, um das VLWN-Team zu bereichern.

Ebru Akcali steht den Kolleginnen und Kollegen ab sofort als kompetente Ansprechpartnerin für alle Fragen und Anliegen zur Verfügung. „Mit ihrer freundlichen und engagierten Art wird sie sicherstellen, dass Ihre Anliegen stets professionell und zeitnah bearbeitet werden. Wir heißen Frau Akcali herzlich willkommen und wünschen ihr viel Freude und Erfolg in ihrer neuen Position. Gemeinsam werden wir weiterhin daran arbeiten, die Ziele des VLWN zu erreichen und unsere Mitglieder bestmöglich zu unterstützen“, sagt Angelika Maiß.

Sie können Frau Akcali am Montag und Dienstag sowie am Donnerstag und Freitag zwischen 10 und 15 Uhr erreichen. Telefon: + 49 (0)511 123 57473 E-Mail: [buer@vlwn.de](mailto:buer@vlwn.de) oder [ebru.akcali@vlwn.de](mailto:ebru.akcali@vlwn.de)

Quelle: VLWN



Ebru Akcali